

Das Territorium und die Grenzen Deutschlands auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens - die Garantie für die friedliche Entwicklung und gutnachbarliche Beziehungen

Es gibt wohl keinen deutschen Patrioten, der den Entwurf der Sowjetregierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland nicht aus vollem Herzen begrüßt, der nicht überzeugt ist, daß dieser großherzige Vorschlag der Sowjetunion dem deutschen Volk endlich die 'reale Perspektive für ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und starkes Deutschland eröffnet. Das Echo, das die sowjetische Note und der Entwurf eines Friedensvertrages im Osten sowie im Westen unseres Vaterlandes ausgelöst haben, zeigt klar wie nie zuvor, daß nicht nur die werktätigen Massen, und ehrlichen Patrioten aus dem Bürgertum ernstlich entschlossen sind, einen dritten Weltkrieg auf keinen Fall zuzulassen, sondern daß der Wille zum Widerstand gegen die Kriegsbrandstifter das ganze Volk, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Partei, Religion und Klasse — mit Ausnahme derer, die an dem blutigen Geschäft verdienen —, erfaßt hat.

Während der Staatssekretär des Bonner Auswärtigen Amtes, Hallstein, ohne die geringste Scheu die imperialistischen Kriegsziele des deutschen Monopolkapitals — nämlich die Eroberung Osteuropas bis zum Ural — ausplaudert, „untermauert“ das Sprachrohr Adenauers, die amtliche Parteikorrespondenz der CDU/CSU des Deutschlands nion-Dienst, diese Neuaufgabe des Hitlerprogramms sozusagen „ideologisch“, indem es feststellt, daß

„der Zusammenschluß aller Teile des Kontinents bis zum Ural gewiß ein Ziel* sei, „das an Weiträumigkeit nichts mehr zu wünschen übrig läßt*.

Adenauer selbst, der in Siegen auf der Tagung evangelischer Politiker der CDU mit zynischer Schamlosigkeit von der „Neuordnung im Osten Europas* sprach, nimmt sich nicht einmal mehr die Mühe, alte Ziele mit einer neuen Phraseologie zu bemänteln.

Die Tatsache, daß der Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, der Adenauer clique mit der Entlarvung des Inhalts des Generalkriegsvertrags die „Friedens*maske der „Vaterlandsverteidiger* vom Gesicht gerissen hat, zwingt die Kriegsbrandstifter, deren wahre Pläne in immer größerem Ausmaß der ganzen Welt offenbar werden, ihre Methoden zu ändern und sich noch geschickter zu tarnen. Mit den gewohnten Mitteln der Antisowjethetze, der Forderung nach „Verteidigung der westlichen Kultur“, kann man angesichts der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion im Augenblick nicht erfolgreich operieren.

Aber es gibt andere Möglichkeiten. Die Diskussionen zum Beispiel, die im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen geführt werden, zeigen, daß der Gegner nicht ruht, daß er sich bemüht, ideologische Verwirrung zu stiften und das Friedenslager so zu zersetzen.

Eines der Mittel, deren er sich für die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion bedient, ist die Hetze gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze.

Die Hetze der Imperialisten gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze ist freilich nicht neu. Sie begann an dem Tage, an dem die Hoffnung auf ein reaktionäres imperialistisches Polen zerschlagen wurde, als die Kraft des jungen fortschrittlichen volksdemokratischen Polen sich offenbarte. Die erste Hetzrede gegen die Oder-Neiße-Grenze hielt der damalige amerikanische Außenminister Byrnes in dem Augenblick, als Mikolajczyk, der die Interessen des amerikanischen Monopolkapitals in Polen vertrat, als imperialistischer Agent entlarvt wurde und nach den USA fliehen mußte.

Bis dahin hatten die Westmächte zu der Westgrenze Polens eine völlig andere Stellung bezogen. Am 15. Dezember 1944 hatte Churchill im englischen Unterhaus erklärt:

„Es ist den Polen freigestellt, ihr Gebiet auf Kosten Deutschlands nach dem Westen auszudehnen... Dabei müßte die Aussiedlung der Deutschen aus dem von Polen im Westen und Norden zu erwerbenden Gebiet durchgeführt werden. Denn die Aussiedlung wird, soviel wir sehen können, die zufriedenstellendste und dauerhafteste Methode sein.“

Auch die amerikanische Regierung hatte bereits im November 1944 die neue Grenzziehung anerkannt, und Truman wies im August 1945 ausdrücklich noch einmal auf die Notwendigkeit der Umsiedlung hin.⁹

Das Potsdamer Abkommen, das nicht nur die Unterschrift seines Initiators, Generalissimus Stalin, trägt, sondern das auch von Churchill, Truman und Atlee unterschrieben ist, brachte einen Beschluß zum Ausdruck, der schon vorher — auf der Krim-Konferenz im Februar 1945 — von den regierenden Chefs der Großmächte gefaßt worden war:

„Der Beschluß über die Westgrenze Polens wurde gefaßt“, so erklärte W. M. Molotow auf der Sitzung des Außenministers rats am 3. April 1947, „nachdem diese Frage zweimal auf Konferenzen der drei verbündeten Regierungen behandelt worden war. Bevor dieser Beschluß in Potsdam angenommen wurde, hat man eine ausführliche Darlegung der Meinung der polnischen Regierung angehört. Die Frage der neuen Westgrenze Polens wurde von den Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sorgfältig erwogen, bevor sie auf der Potsdamer Konferenz ihre Lösung fand.*

Die Potsdamer Konferenz beschränkte sich nicht auf den Beschluß über die Festlegung der neuen polnisch-deutschen Grenze. Sie faßte auch einen Beschluß über die Aussiedlung der Deutschen aus Polen und zog damit die logische Schlußfolgerung aus der Lösung der Frage der neuen Westgrenze Polens.

Die englische und amerikanische Regierung hatten also bereits Ende 1944 ihre Meinung über die Frage der polnischen Westgrenze zum Ausdruck gebracht, die englische Regierung hatte sich sogar bereit erklärt, die Grenze Polens bis zur Spree oder zur Elbe zu verlegen, und nur den